

Kein Fonds für illegale Kinder

Ausschuss Solidarität, aber auch Zurückhaltung

Ein sensibles Thema: die Unterbringung von Kindern ohne Papiere in Kindergärten und Schulen. Bei allem Verständnis, dass Eltern wegen einer drohenden Abschiebung vielleicht Angst haben, ihre Sprösslinge in den Bonner Einrichtungen unterzubringen, zeigten sich die Politiker im Bürgerausschuss am Dienstag eher zurückhaltend.

Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung nach einem städtischen Fonds, der „illegalen“ Kindern eine medizinische Versorgung ermöglichen soll. Das war Gegenstand eines Bürgerantrages von MediNetz Bonn, ein Zusammenschluss von Ärzten, die Menschen ohne Papiere beraten und behandeln. „Krankheit kennt keinen Aufenthaltsstatus“, sagte Antragsstellerin Sigrid Becker-Wirth. Sie merkte an, dass allein ein Impfvollschutz rund 465 Euro pro Kind kosten würde. Das könne MediNetz allein nicht bezahlen. Aber: Die Stadt kann einen Fonds als Institution nicht einrichten; das machten vor allem CDU und SPD klar. „Was an Hilfe für diese Kinder geschieht, wäre besser nicht in den Scheinwerferkegel der Öffentlichkeit gerückt worden“, sagte Gerd Heidemann (SPD) über rechtliche Grauzonen. Zudem ging es auch darum, dass Kindergärten und Schulen Kinder ohne Papiere nicht melden müssen. Trotzdem habe ein Brief der Oberbürgermeisterin dazu für Verunsicherung gesorgt, gab Dorothee Paß-Weingartz (Grünen) MediNetz Recht. Die Grünen waren auch die einzige Partei, die am Ende neben der erfolgten Unterschrift der OB unter das „Manifest illegale Zuwanderung“ das Anliegen Becker-Wirths unterstützte, alle Ratsmitglieder sollten auch unterschreiben. Editha Limbach (CDU) meint: „Das Thema gehört in den Bundestag, das ist Zuwanderungsrecht.“ Letztlich sei es betrüblich, dass die Christdemokraten dem Bürgerantrag nicht folgen können. Alle anderen Parteien sahen das genauso, nur die Grünen unterstützten den Bürgerantrag.

bot

(Bonner Generalanzeiger, 1.7.2005)